UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT

UWG: Freie Bürger

STADT ECHO

Sommer 2025

Unverständnis über Kreuzungsumbau:

Am 14.09.2025 ist Kommunalwahl. **JEDE Stimme zählt!**

Verwaltung folgt Entsiegelungs-Vorschlag:

„Haus des Wissens" und Viktoriastraße – Kostenexplosionen:

Das BVZ ist nicht abbruchreif:

Kritik an geplanter Umgestaltung des August-Bebel-Platzes:

Verkehrskonflikt auf der Universitätsstraße:

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT
UWG: Freie Bürger

Inhalt

Vorwort 03
Weiterhin Kritik an der geplanter Umgestaltung des August-Bebel-Platzes 04
Lohrheidestadion: Keine Veranstaltungen im neuen Funktionsgebäude 06
Sofortige Sanierung der Toilettenanlagen im Stadtgarten Wattenscheid gefordert 07
Unverständnis über Kreuzungsumbau Höntroper Straße/Westfälische Straße 08
Fahrradbügel ohne Sinn und Verstand an der Höntroper Straße 09
Keine Bezahlkarte für Geflüchtete 10
Wir begrüßen das Scheitern der Wahlrechtsreform 12
Kommunalwahl 2025: Wir treten in allen Wahlbezirken in Bochum und Wattenscheid an 14
„Haus des Wissens“ und Viktoriastraße: Kostenexplosionen und fehlende Transparenz 16
Liebe Stadt, kehr endlich mal vor deiner eigenen Tür! 18
Das BVZ ist nicht abbruchreif! 19
Verwaltung folgt Entsiegelungs-Vorschlag: Ungenutze Parkplatzfläche am Blumenfriedhof 20
Neues Leben ins Stadtpark-Restaurant 21
Knappenverein Glückauf Gerthe 1891 e.V.: Aufklärung zur Kündigung gefordert 22
“Wildes Parken“ von Großraumfahrzeugen in Altenbochum nimmt zu 23
Vernachlässigtes Problem mit Folgen: Immer mehr Baumwurzeln sprengen Bochums Gehwege 24
Schwanenmarkt-Park: Verwaltung blockiert Sanierungsbedarf 25
Meldungen 26

Impressum

Herausgeber:
Unabhängige Wähler-Gemeinschaft
UWG: Freie Bürger

Anschrift der Redaktion:
Stadt Echo c/o UWG: Freie Bürger
Otto-Brenner-Straße 25
44866 Bochum-Wattenscheid

Telefon: 0234 910-1983
E-Mail: info@uwg-freie-buerger.de

Layout/Satz: unitad werbeagentur, Bochum - www.unitad.de
Gedruckt auf Recyclingpapier weiß (Blauer Engel, FSC)

Bilder: Ulli Engelbrecht, Andreas Friedewald, Tim Pohlmann, Manfred Seidel, Hans-Josef Winkler, Stadt Bochum Presseamt, Stadt Bochum (Flickr), IStock, AdobeStock

Nachdruck nur mit Quellenangabe. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Zuschriften zu kürzen.
Alle Angaben ohne Gewähr. Für Essays und Gastbeiträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

HINWEIS zu „Keine Werbung einwerfen“

Parteizeitungen oder Gratis-Anzeigenblätter dürfen trotz „Keine Werbung“-Aufkleber eingeworfen werden.
Sie enthalten redaktionelle Inhalte, gelten daher NICHT als Werbung. Hier hilft nur schriftlicher Widerspruch.
(Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1988 (Az. VI ZR 182/88)

STADT ECHO

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

dieses Jahr haben Sie wieder die Wahl

– unsere Stadt lebens- und liebenswerter zu machen

– mehr Sicherheit in unsere Straßen zu bringen

– mehr miteinander als gegeneinander zu agieren

– eine sauberere und attraktivere Stadt zu schaffen

– den Kindern mehr Raum zu geben für Bildung und Freizeit

– bezahlbares Wohnen für alle zu ermöglichen

– alle Verkehrsteilnehmer mit demselben Respekt zu behandeln

– eine effiziente und zukunftssichere Verwaltung zu schaffen

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten stehen
Ihnen für eine gute Wahl zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen eine gute Entscheidung
zur Kommunalwahl am 14.09.2025

Glück Auf

Ihr Jens Lücking
Oberbürgermeisterkandidat

Weiterhin Kritik an der geplanter Umgestaltung des August-Bebel-Platzes

Die Wähler-Gemeinschaft UWG: Freie Bürger erneuert ihre bereits 2021 geäußerte kritische Haltung zur geplanten Umgestaltung des August-Bebel-Platzes in Wattenscheid. Aus Sicht der UWG: Freie Bürger haben sich viele der damaligen Bedenken inzwischen bestätigt.

Einseitige Planung: Kritik an der autofreien Variante

Hans-Josef Winkler, Bezirksfraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger in Wattenscheid, kritisiert insbesondere die von Anfang an festgelegte autofreie Variante der Neugestaltung. Zwar bestehe kein Zweifel daran, dass der August-Bebel-Platz einer städtebaulichen Erneuerung bedarf, doch die einseitige Ausrichtung auf eine autofreie Lösung lasse wichtige Aspekte außer Acht.

„Die Komplexität des Projekts wurde nicht ausreichend berücksichtigt", so Winkler. Vor allem die Folgen des Umgehungsverkehrs seien von der damaligen Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie von der Verwaltung nicht ausreichend bedacht worden.

Verlagerung des Verkehrs: Kritik bleibt bestehen

Bereits 2021 hatte die UWG: Freie Bürger darauf hingewiesen, dass sich der Verkehr infolge der geplanten Umgestaltung in angrenzende Straßen wie die Marienstraße, Swidbertstraße, Propst-Hellmich-Promenade, Berliner Straße und Lyrenstraße verlagern werde. „An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert", betont Winkler.

Zusätzliche Bebauung und Parkhaus: Notwendigkeit fraglich

Auch die geplante Errichtung eines weiteren Gebäudes, in dem sich u.a. ein Parkhaus befinden soll, stößt bei der UWG: Freie Bürger auf deutliche Kritik.

Ein zusätzliches Gebäude erscheine weder notwendig noch sinnvoll. Ebenso sei die Notwendigkeit eines Parkhauses aus Sicht der Wähler-Gemeinschaft nicht nachvollziehbar. Diese Einschätzung werde zudem von der Werbegemeinschaft Wattenscheid und vielen Bürgerinnen und Bürgern geteilt.

Fehlende Bürgerbeteiligung: Kritik am Planungsprozess

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt der UWG: Freie Bürger betrifft die unzureichende Beteiligung der Öffentlichkeit. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Bürgerinnen und Bürger nicht von Beginn an aktiv in den Planungsprozess einbezogen wurden“, erklärt Winkler. Statt echter Mitbestimmung seien fertige Konzepte präsentiert worden, die kaum Raum für Beteiligung ließen. Dieses Vorgehen widerspreche dem Verständnis der UWG: Freie Bürger von demokratischer Stadtentwicklung.

Einzelhandel unter Druck: Sorge um die Nahversorgung

Die UWG: Freie Bürger sieht zudem erhebliche Nachteile für den ansässigen Einzelhandel – insbesondere durch den Wegfall von Kurzzeitparkzonen. Die daraus entstehenden Verluste könnten auch durch ein Parkhaus nicht kompensiert werden, so Winkler abschließend. Besonders kritisch bewertet die UWG: Freie Bürger die geplanten Investitionskosten. Die Kostenschätzungen belaufen sich aktuell auf rund 17 Millionen Euro. Auch wenn ein Teil durch Fördermittel der Städtebauförderung des Landes NRW abgedeckt werden soll, handelt es sich hierbei dennoch um öffentliches Steuergeld.

Hohe Kosten bei geringem Mehrwert

Aus Sicht der Wähler-Gemeinschaft bietet die geplante Neugestaltung jedoch kaum spürbare Verbesserungen: Der Platz bleibt weiterhin durch Bahnschienen und Busspuren zerschnitten, die Aufenthaltsqualität werde nur geringfügig gesteigert. Zudem sei die Radverkehrsführung unübersichtlich und die Erreichbarkeit für Anwohner und Lieferdienste in der aktuellen Variante kaum praktikabel.

Fazit: UWG: Freie Bürger lehnt die Planung ab

Angesichts der ungelösten Probleme, der hohen Kosten und der unzureichenden Wirkung spricht sich die UWG: Freie Bürger entschieden gegen die aktuelle Planung aus. Die Wähler-Gemeinschaft kündigt an, weiterhin konsequent gegen das Vorhaben zu stimmen und sich für eine ausgewogenere, durchdachtere Lösung einzusetzen.

Lohrheidestadion:

Keine Veranstaltungen im neuen Funktionsgebäude

Zu Beginn der Umbauarbeiten im Lohrheidestadion wurde der Öffentlichkeit eine klare Vision präsentiert: Das neue Funktionsgebäude solle nicht nur dem organisierten Sport dienen, sondern darüber hinaus als vielseitig nutzbarer Veranstaltungsort für Tagungen, Firmenfeiern und private Feste zur Verfügung stehen. Ein Ort der Begegnung – für alle Wattenscheiderinnen und Wattenscheider.

Diese Hoffnung hat sich nun zerschlagen. Eine Anfrage der Ratsfraktion UWG: Freie Bürger brachte Ernüchterung: Aufgrund der Auflagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Förderung ist eine Nutzung für nichtsportliche Veranstaltungen kategorisch ausgeschlossen.

„Kurz gesagt: Jeder Wattenscheider, der gehofft hatte, seine Hochzeit, seinen Geburtstag oder den Abiball in den neuen Räumlichkeiten zu feiern, kann sich diesen Gedanken abschminken. Auch Unternehmen werden dort keine Tagungen oder Messen abhalten können“, kritisiert Tim Pohlmann, sportpolitischer Sprecher der Fraktion, deutlich. Doch damit nicht genug: Auch die neue Tartanbahn und die moderne Freilufthalle werden künftig ausschließlich Sportvereinen vorbehalten sein. Während früher auch Privatpersonen – etwa Hobbysportler oder Schulklassen – gelegentlich Zugang zur Bahn hatten, ist dies künftig nicht mehr vorgesehen. Die Türen des neuen Lohrheidestadions bleiben für die breite Öffentlichkeit somit weitgehend verschlossen.

Bereits vor geraumer Zeit wurde der UWG: Freie Bürger auf Anfrage bestätigt, dass auch kommerzielle Großveranstaltungen – etwa Konzerte oder Open-Air-Events – aufgrund bau- und förderrechtlicher Einschränkungen nicht möglich sein werden. Dabei war das Stadion ursprünglich ausdrücklich auch als Bühne für kulturelle Events konzipiert worden.

Was bleibt, ist Ernüchterung: Statt einer multifunktionalen Begegnungsstätte entsteht mit dem neuen Lohrheidestadion nun eine weitgehend exklusive Sportanlage – zugänglich nur für Vereine, nicht aber für die Stadtgesellschaft als Ganzes.

Sofortige Sanierung der Toilettenanlagen im Stadtgarten Wattenscheid gefordert

Die UWG: Freie Bürger-Bezirksfraktion Wattenscheid fordert die umgehende hygienische Überprüfung sowie die Sanierung oder den Neubau der maroden Toilettenanlagen im Stadtgarten Wattenscheid. Zur Überbrückung der Bauphase sollen zudem mobile Sanitäranlagen bereitgestellt werden.

„Der Zustand der sanitären Einrichtungen im Stadtgarten ist für die Besucherinnen und Besucher nicht länger tragbar. Die Toiletten sind stark verschmutzt, beschädigt und teilweise nicht mehr benutzbar. Gerade nach der Eröffnung des neuen Storchenparks, der viele Familien und Erholungssuchende anzieht, ist ein solcher Zustand inakzeptabel", erklärt Hans-Josef Winkler, Fraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger.

Die UWG: Freie Bürger hat eine Anregung in die Bezirksvertretung eingebracht, die eine unverzügliche Überprüfung des hygienischen Zustands der Toilettenanlagen vorsieht, um eine komplette Schließung zu vermeiden. Zudem soll schnellstmöglich die Sanierung oder der Neubau der Toilettenanlagen eingeleitet werden, mit einem besonderen Fokus auf barrierefreie und zeitgemäße Einrichtungen.

Bis zur Fertigstellung der neuen Anlagen fordert die UWG: Freie Bürger die Bereitstellung mobiler Toiletten sowie eine Erhöhung der Reinigungsfrequenz, um die Situation für die Besucherinnen und Besucher erträglicher zu gestalten.

„Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger, die den aufgewerteten Stadtgarten besuchen, auf unzumutbare sanitäre Bedingungen stoßen. Wir fordern ein sofortiges Handeln im Sinne der Hygiene und der Attraktivität des Stadtgartens", betont Winkler.

Die UWG: Freie Bürger erwartet in der Sitzung eine breite Zustimmung zu der Anregung, um die dringend benötigten Maßnahmen umgehend einzuleiten.

Unverständnis über Kreuzungsumbau

Verwaltung ignoriert politische Beschlüsse

Die UWG: Freie Bürger übt scharfe Kritik am Vorgehen der Stadt Bochum in Bezug auf den Umbau des Kreuzungsbereichs Höntroper Straße/Westfälische Straße. Die Partei bemängelt, dass einstimmig gefasste Beschlüsse von der Verwaltung nicht umgesetzt werden, während gleichzeitig Baumaßnahmen ohne politische Zustimmung erfolgen.

Bereits im Jahr 2019 hatte die UWG: Freie Bürger vorgeschlagen, die Kreuzung Westfälische Straße/Alte Post umzugestalten, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Konkret sollte anstelle der Drängelgitter ein Zebrastreifen errichtet werden. Dieser Vorschlag wurde einstimmig beschlossen, jedoch bis heute nicht umgesetzt. Die UWG: Freie Bürger fordert weiterhin die Realisierung dieser sinnvollen Maßnahme.

Stattdessen wurde nun an der Ecke Höntroper Straße/Westfälische Straße – nur einen Steinwurf entfernt – ohne politischen Beschluss gebaut. Hans-Josef Winkler von der UWG: Freie Bürger kritisiert: „Es ist nicht hinnehmbar, dass wir nachträglich Entscheidungen absegnen sollen. Hier wurde einfach über unsere Köpfe hinweg gehandelt." Leider sei dies nicht der einzige gravierende Fehler in den letzten Jahren im Dezernat von Herrn Dr. Bradtke, der Höntrop betrifft.

Darüber hinaus stellt die UWG: Freie Bürger die Sinnhaftigkeit der Maßnahme infrage. Winkler verweist auf einen Artikel der WAZ vom 16. März, in dem sowohl Anwohner als auch ein Bezirksbeamter der Polizei ihr Unverständnis über den Umbau geäußert haben. „Niemand kann den Nutzen dieser Maßnahme nachvollziehen – weder die Anwohner noch die Polizei. Auch ich sehe keinen Sinn darin, die Straße an dieser Stelle zu verengen, zumal es entlang der Höntroper Straße deutlich gefährlichere Abschnitte gibt."

Die UWG: Freie Bürger fordert von der Verwaltung eine transparente und demokratische Entscheidungsfindung sowie eine sachorientierte Planung, die bereits gefasste Beschlüsse berücksichtigt.

Fahrradbügel ohne Sinn und Verstand

Unverständliche Maßnahme auf der Höntroper Straße

Mit großem Unverständnis haben wir den kürzlich umgesetzten Umbau im Kreuzungsbereich Höntroper Straße / Westfälische Straße zur Kenntnis genommen. Die Maßnahme – insbesondere die Verengung der Straße – ist weder inhaltlich nachvollziehbar noch politisch abgestimmt worden.

Weder Anwohner noch die Polizei konnten bislang einen klaren Nutzen erkennen. Aus unserer Sicht besteht an anderen Abschnitten der Höntroper Straße ein deutlich höheres Gefährdungspotenzial, das vorrangig hätte angegangen werden müssen.

Noch unverständlicher ist jedoch die jüngste Installation von Fahrradanlehnbügeln – fast genau gegenüber der Einmündung zur Westfälischen Straße. Zwar begrüßen wir grundsätzlich Investitionen in die Fahrradinfrastruktur, jedoch nur dort, wo sie auch einen tatsächlichen Nutzen stiften.

„An der besagten Stelle existieren weder Geschäfte noch Wohnhäuser, lediglich ein Zebrastreifen. Es ist kaum vorstellbar, dass hier jemand sein Fahrrad abstellen möchte“, erklärt Hans-Josef Winkler, Fraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger in der Bezirksvertretung Wattenscheid.

Diese Entscheidung wirft Fragen auf hinsichtlich der Ortskenntnis der verantwortlichen Stellen – oder lässt zumindest vermuten, dass hier Mittel ohne klare Priorisierung eingesetzt wurden.

Angesichts maroder Straßen, gefährlicher Kreuzungsbereiche und einem offensichtlichen Mangel an Maßnahmen zur Verkehrssicherheit von Radfahrern und Fußgängern in ganz Wattenscheid erscheint die Wahl dieses Standortes für Fahrradanlehnbügel schlichtweg realitätsfern.

Hans-Josef Winkler hat daher eine Anfrage in die Bezirksvertretung eingebracht, um Aufklärung zu dieser Maßnahme einzufordern.

Keine Bezahlkarte für Geflüchtete

Bochum verpasst Chance auf mehr Gerechtigkeit und Effizienz

Mit großer Verwunderung und deutlicher Kritik hat die UWG: Freie Bürger, die Entscheidung des Rates der Stadt Bochum zur Kenntnis genommen, sich mehrheitlich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete auszusprechen. Damit verschließt sich Bochum einem sinnvollen, längst überfälligen Schritt zu mehr Transparenz, Fairness und Verwaltungsökonomie.

„Es ist aus unserer Sicht ein schwerer Fehler, wenn ideologisch motivierte Symbolpolitik über sachbezogene, praxistaugliche Maßnahmen gestellt wird. Die Bezahlkarte ist kein Ausdruck von Misstrauen oder Ausgrenzung, sondern ein Instrument moderner Sozialpolitik – angewendet in vielen Kommunen und empfohlen von einer wachsenden Zahl von Landesregierungen, unabhängig von Parteifarbe“, erklärt Hans-Josef Winkler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der UWG: Freie Bürger.

Die Einführung einer Bezahlkarte würde helfen, die Mittelverwendung zielgerichtet zu gestalten. Notwendige Ausgaben wie Unterkunft, Lebensmittel und Hygieneartikel würden damit gedeckt – ohne die problematischen Bargeldauszahlungen, die weder kontrolliert noch zweckgebunden sind. Es geht nicht um Schikane, sondern um Nachvollziehbarkeit – und letztlich um die Akzeptanz staatlicher Unterstützung in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft.

Winkler: „Die Ablehnung der Bezahlkarte ist ein Armutszeugnis für eine Stadt, die vorgibt, ihre Ressourcen gerecht verteilen zu wollen – aber gleichzeitig an einem System festhält, das weder effizient noch gerecht ist. Wir brauchen mehr Realitätssinn in der Asylpolitik. Die Menschen haben ein Recht darauf zu wissen, dass Steuergelder verantwortungsvoll eingesetzt werden.“

Auch für die Verwaltung brächte die Bezahlkarte Erleichterung. Der Aufwand zur Kontoeröffnung, zur Auszahlung und Rückverfolgung entfiele zu großen Teilen. Diese Ressourcen könnten in Integrationsarbeit, Sprachförderung und Beratung investiert werden – also dort, wo sie tatsächlich einen Unterschied machen.

Die weiterhin bevorzugte Lösung, Geflüchteten ein Konto bei der Sparkasse Bochum zu eröffnen, führt die Grundidee der Asylbewerberleistungen ad absurdum. Es handelt sich nicht um ein „Einkommen“, sondern um staatlich definierte Unterstützungsleistungen, die zweckgebunden sein sollen. Ohne jede Begrenzung oder Transparenz werden hier Strukturen geschaffen, die Missbrauch erleichtern – und die Glaubwürdigkeit der Stadtpolitik untergraben.

Verkehrskonflikt auf der Universitätsstraße

Kritik an unklarer Regelung für Fußgänger und Radfahrer

Zwischen Fußgängern und Radfahrern herrscht entlang des Gehwegs im Bereich zwischen Wasserstraße und der Abfahrt/Auffahrt zur A448 eine unklare Verkehrssituation. Die Anfrage der UWG: Freie Bürger wurde von der Verwaltung beantwortet, doch „befriedigend ist die Antwort allerdings nicht", kritisiert Ulli Engelbrecht, sachkundiger Bürger im Mobilitätsausschuss.

Die Verwaltung betont die Schulwegsicherung, doch Engelbrecht hält dagegen: „Das ist Unsinn, da Kinder bis zehn Jahren grundsätzlich Gehwege mt dem Rad befahren dürfen. Das muss nicht gesondert ausgewiesen werden." Die Bedürfnisse und die Sicherheit der Fußgänger würden somit unzureichend berücksichtigt, was zu Konflikten führe. Auch die asymmetrische Regelung, die stadtauswärts das Radfahren erlaubt, stadteinwärts jedoch nicht, werde laut Engelbrecht von der Verwaltung nur vage erklärt und verwirre die Nutzer.

Die Verwaltung überprüfe die Beschilderung lediglich alle zwei Jahre; eine häufigere Überprüfung sei laut Engelbrecht sinnvoll, um auf neue Herausforderungen zu reagieren. Dass die Verwaltung fehlende Beschwerden von Bürgern konstatiert, könnte eher ein Zeichen mangelnder Kommunikationsmöglichkeiten sein als ein Ausdruck der Zufriedenheit.

Engelbrecht resümiert, dass das Ziel der Schulwegsicherung zwar im Fokus stehe, letztlich aber die Bedürfnisse der Fußgänger vernachlässigt würden. „Ein Nachjustieren der Regelungen und eine stärkere Einbeziehung der schwächsten Gruppe aller Verkehrsteilnehmer würde deren Sicherheit und Zufriedenheit erhöhen", so Ulli Engelbrecht abschließend.

Wir begrüßen das Scheitern der Wahlrechtsreform

Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW stärkt Demokratie und kleine politische Kräfte

Die Wähler-Gemeinschaft UWG: Freie Bürger sieht das Urteil des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs als wichtigen Erfolg für die kommunale Demokratie. Das Gericht hat entschieden, dass das neue Sitzverteilungsverfahren bei Kommunalwahlen, eingeführt von CDU, SPD und Grünen, verfassungswidrig ist.

Dieses Verfahren hätte vor allem kleinere Parteien und unabhängige Wählergemeinschaften benachteiligt. Dass dieser Versuch nun gestoppt wurde, ist ein klares Zeichen: Demokratie lebt von Vielfalt – nicht von parteitaktischem Machtstreben.

Politischer Druck auf kleine Fraktionen bleibt bestehen

Doch der Kampf ist noch nicht vorbei. Die Landesregierung plant bereits die nächste Maßnahme: Künftig sollen Fraktionen in Stadträten mindestens vier statt bisher drei Mitglieder haben. Was harmlos klingt, hätte drastische Folgen: Viele kleinere Fraktionen würden ihre Rechte verlieren – etwa finanzielle Mittel, Unterstützung durch Mitarbeiter oder Mitsprache in Ausschüssen. Für uns ist klar: Unabhängige und kritische Stimmen sollen systematisch verdrängt werden – nicht durch Wählerentscheidungen, sondern durch politische Tricks im Hintergrund.

Auch bei den finanziellen Berichtspflichten wurden Wählergemeinschaften bislang benachteiligt. Sie mussten ihre Einnahmen und Ausgaben jährlich offenlegen – durch einen Steuerberater bestätigt – andernfalls drohte der Ausschluss von der Wahl. Parteien dagegen müssen laut Gesetz erst nach sechs Jahren mit Konsequenzen rechnen, wenn sie keinen Rechenschaftsbericht abgeben. Diese ungleiche Behandlung wurde ebenfalls vom Verfassungsgericht gestoppt.

Die UWG: Freie Bürger nimmt keine staatlichen Gelder an und finanziert sich ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Das macht uns unabhängig – und darauf sind wir stolz.

Auch vor Ort in Bochum geht die Benachteiligung kleiner Fraktionen weiter: Für die Ratssitzung am 3. April 2025 haben CDU,

Grafik: Copyright FDP NRW

SPD und Grüne einen Antrag eingebracht, um die Personalkostenzuschüsse neu zu regeln. Große Fraktionen sollen gestaffelt mehr Geld erhalten, während kleine Fraktionen kaum noch Unterstützung bekommen. Das zeigt: Die Benachteiligung kleiner Gruppen geschieht nicht nur in Düsseldorf, sondern konkret auch hier in Bochum.

Benachteiligung geschieht auch in Bochum

Besonders enttäuschend und daher bemerkenswert: Die Grünen – früher selbst auf faire Bedingungen für kleine Gruppen angewiesen – unterstützen diese Benachteiligung nun aktiv, sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene.

Bei der Kommunalwahl am 14. September geht es deshalb um mehr als nur Sitze und Stimmen. Es geht um eine Grundsatzentscheidung:

Sollen auch in Zukunft kleinere Parteien und Wählergemeinschaften Teil des Rates und der Bezirksvertretungen sein? Wir von der UWG: Freie Bürger sagen: Demokratische Vielfalt darf nicht kleingerechnet werden. Ein lebendiger Stadtrat braucht viele Stimmen, nicht nur große Mehrheiten.

Jede Stimme zählt – für ein starkes, faires und vielfältiges Miteinander!

Nur mit echter Beteiligung aller politischen Kräfte entsteht eine Politik, die die ganze Stadt im Blick hat. Demokratie lebt von Gegensätzen, vom Austausch und vom Ringen um die besten Ideen. Einseitige Machtverhältnisse führen zu Einfalt statt Vielfalt – das darf Bochum nicht passieren. Wer die Demokratie stärken will, muss kleinen Stimmen Gehör verschaffen.

Am 14. September haben Sie die Wahl:
Für Fairness.
Für Vielfalt.
Für Bochum.

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT
UWG: Freie Bürger

Kommunalwahl 2025: Wir treten in allen Wahlbezirken in Bochum und Wattenscheid an

Mischung aus erfahrenen Kräften und neuen Gesichtern

Wir haben am 22. Mai 2025 in der Aufstellungsversammlung die personellen Grundlagen für die Kommunalwahl am 14. September gelegt.

Dabei wurde Jens Lücking als Oberbürgermeisterkandidat bestätigt. Die Versammlung wählte zudem die 33 Direktkandidatinnen und -kandidaten für die Wahlkreise (Tabelle). Die Liste zeigt eine lebendige Mischung aus erfahrenen Kräften und neuen Gesichtern.

Angeführt wird die Reserveliste für den Rat von Jens Lücking.

Auf den Plätzen 2 bis 6 folgen:

2 - Hans-Josef Winkler
3 - Tim Pohlmann
4 - Katja Kanthack
5 - Thomas Schmidt
6 - Dr. Tanja Dannappel

Auch die Kandidatinnen und Kandidaten für die sechs Bochumer Bezirksvertretungen wurden in geheimer Wahl gewählt.

Die Spitzenkandidaten lauten:

Bezirk 1, Bochum-Mitte:
Manfred Seidel
Bezirk 2, Wattenscheid:
Hans-Josef Winkler
Bezirk 3, Bochum-Nord:
Peter Mainka
Bezirk 4, Bochum-Ost:
Ulli Engelbrecht
Bezirk 5, Bochum-Süd:
Susann Schaefer
Bezirk 6, Bochum-Südwest:
Dr. Tanja Dannappel

Wir gehen mit einem engagierten Team und klarem Kurs in die Wahl. Die Kandidatinnen und Kandidaten stehen für eine sachorientierte, unabhängige Kommunalpolitik – bürgernah, transparent und ohne Parteibindung. Unter dem Motto „Wir kümmern uns!“ wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode die Interessen der Bochumerinnen und Bochumer sowie der Menschen in Wattenscheid mit Herzblut, Augenmaß und Engagement vertreten.

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT
UWG:
Freie Bürger

WIR KÜMMERN UNS. ✓

Am 14.09.2025 ist Kommunalwahl. JEDE Stimme zählt!

Wahlbezirk	Kandidatin/Kandidat
10 Grumme	Marcus Schulz
11 Altenbochum	Manfred Seidel
12 Innenstadt-Nord/Schmechtingwiese	Peter Bonczek
13 Ehrenfeld	Lilly Kanthack
14 Innenstadt-Südost	David Schmidt
15 Goldhamme/Stahlhausen	Jens Lücking
16 Hamme/Hordel	Jona Pohlmann
17 Riemke	Thomas Schmidt
18 Hofstede	Hans-Friedel Donschen
21 Günnigfeld/Südfeldmark	Tim Pohlmann
22 WAT-Mitte/Westenfeld	Katja Kanthack
23 WAT-Mitte/Ost	Holger Happe
24 WAT-West/Leithe	Karl Heinz Sekowsky
25 Höntrop-Nord	Hans-Josef Winkler
26 Eppendorf/Munscheid	Jennifer Happe
27 Höntrop-Süd/Sevinghausen	Achim Heinrichs
31 Bergen/Hiltrop	Peter Mainka
32 Voede/Harpen	Anja Hagelganz
33 Gerthe/Rosenberg	Nicole Rittaler
41 Laer/Werne-West	Beate Wolf
42 Werne	Markus Schmidt
43 Langendreer-Nord/Ümmingen	Ulli Engelbrecht
44 Langendreer-West	Phillip Mangen
45 Langendreer-Ost	Frank Schwerd
51 Wiemelhausen	Thomas Schmalstieg
52 Steinkuhl	Susann Schaefer
53 Querenburg	Karl-Heinz Pohlmann
54 Brenschede/Stiepel	Martin Poettgen
61 Bärendorf	Gudrun Winkler
62 Weitmar-Mitte	Dr. Ute Lange
63 Weitmar-Süd	Ulrich Schmitt
64 Linden	Ramona Viebahn
65 Dahlhausen	Dr. Tanja Dannappel

„Haus des Wissens“ und Viktoriastraße

Kostenexplosionen und fehlende Transparenz

Die Stadt Bochum steht mit zwei ihrer prominentesten Innenstadtprojekte – der Neugestaltung der Viktoriastraße und dem Umbau der Alten Post zum „Haus des Wissens“ – zunehmend in der Kritik. Vor allem die Fraktion UWG: Freie Bürger mit ihrem Vorsitzenden und Oberbürgermeisterkandidaten Jens Lücking erhebt deutliche Vorwürfe gegenüber der städtischen Planung und Informationspolitik. Die aktuellen Entwicklungen werfen grundlegende Fragen nach der Verhältnismäßigkeit, Transparenz und finanziellen Tragfähigkeit auf.

„Haus des Wissens“ – von der Vision zum Sanierungsmonster?

Ursprünglich als Leuchtturmprojekt zur Belebung der Innenstadt angekündigt, entwickelt sich der Umbau der Alten Hauptpost zum „Haus des Wissens“ zu einem Kosten- und Kommunikationsdesaster. Die vom Rat beschlossenen Gesamtkosten stiegen bereits von 57 Millionen Euro auf zuletzt über 150 Millionen Euro – ein Anstieg um mehr als 160 Prozent. Und ein Ende dieser Entwicklung scheint nicht in Sicht. Jens Lücking weist darauf hin, dass die Sicherungsmaßnahmen am Gebäude deutlich über das hinausgehen, was ursprünglich kommuniziert wurde. „Ein aktueller Blick auf die Baustelle zeigt, dass außer den Grundmauern nicht viel vom alten Gebäude stehen geblieben ist“, erklärt er. Das werfe die Frage auf, ob nicht de facto ein Neubau stattfinde – mit allen Konsequenzen für Kosten, Genehmigungen und Denkmalschutz.

Besonders schwer wiegt aus Sicht der UWG: Freie Bürger der Vorwurf mangelnder Transparenz. Ein von der Fraktion vorgelegter Fragenkatalog zu offenen Punkten wie den verbleibenden Baukosten, der konkreten Nutzung, dem Betreiberkonzept der geplanten Markthalle sowie den zu erwartenden Folgekosten sei bisher nur unzureichend beantwortet worden. Die Verwaltung bleibe vage, obwohl die finanzielle Belastung des städtischen Haushalts durch laufende Betriebskosten und künftigen Unterhalt noch gar nicht abschließend absehbar sei. Lücking dazu: „Selbst wenn das Geld für den Bau durch Kürzungen im Schul- und Sozialbereich zusammengekratzt wurde, würden die Folgekosten den Haushalt auf Jahre überfordern.“ Parallel dazu sorgt die geplante Neugestaltung der Viktoriastraße für neuen Unmut.

Viktoriastraße – Prestigeprojekt oder überteuerte Umgestaltung?

Die sogenannte „Stadteppich"-Initiative sieht eine autofreie Zone zwischen Willy-Brandt-Platz und Husemannplatz vor. Doch auch hier explodieren die Kosten: von ursprünglich 2,79 Millionen Euro im Jahr 2023 auf nunmehr 5,25 Millionen Euro – fast eine Verdopplung. Laut UWG: Freie Bürger fehlt es an einer nachvollziehbaren Begründung für die Mehrkosten. Darüber hinaus wird die räumliche Nähe zur Baustelle des „Haus des Wissens" zum Problem. Die Einschränkungen durch die gleichzeitigen Baumaßnahmen erschweren die Logistik, es ist derzeit unklar, wo Ersatzflächen für die Baustelle eingerichtet werden können – ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor, der weitere Kosten mit sich bringen dürfte.

Politisches Signal ohne Fundament?

In beiden Fällen – Umbau der Alten Post und Neugestaltung der Viktoriastraße – stellt sich zunehmend die Frage nach dem politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsbewusstsein. Die Kritik zielt dabei nicht nur auf die Kosten, sondern auch auf die Prioritätensetzung der Stadtverwaltung. Der Vorwurf: Großprojekte werden trotz finanzieller Risiken und unklarer Betriebskonzepte vorangetrieben, während Kernbereiche wie Bildung und soziale Infrastruktur gleichzeitig Einsparungen hinnehmen müssen. Jens Lücking bringt es auf den Punkt: „Kann sich unsere Stadt das überhaupt leisten?" Eine Frage, die weit über parteipolitische Grenzen hinausgeht und eine breite öffentliche Diskussion erfordert. Angesichts eines drohenden strukturellen Defizits und steigender finanzieller Belastungen für zukünftige Haushalte scheint eine Neubewertung der Vorhaben unausweichlich.

Transparenz, Realismus und Bürgernähe – das sind die Mindestanforderungen an kommunale Großprojekte. Derzeit jedoch wirkt es, als verliere die Stadt Bochum in der Begeisterung für städtebauliche Signale den Blick für finanzielle Machbarkeit und nachhaltige Planung. Die von der UWG: Freie Bürger eingebrachten Forderungen nach detaillierter Auskunft und realistischen Folgeabschätzungen sind daher mehr als gerechtfertigt – sie sind notwendig, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Die Stadt ist jetzt in der Pflicht, nicht nur zu handeln, sondern auch ehrlich und vollständig zu informieren.

Liebe Stadt, kehr endlich mal vor deiner eigenen Tür!

Alljährlich im April ruft der Oberbürgermeister zum großen Frühjahrsputz auf. Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Schulklassen sind eingeladen, mit Handschuhen und Müllsäcken bewaffnet in die entlegensten Ecken der Stadt auszuschwärmen, um den Müll fremder Menschen zu beseitigen und um Bochum wieder auf Hochglanz bringen.

Doch während Bochums engagierte Einwohner eifrig aufräumen, bleibt ein besonders markanter Schandfleck unbehelligt: Die wilde Müllkippe direkt vor dem Rathaus! Seit drei Jahren wird dort regelmäßig ungeniert und vor allem ungestört Tag für Tag und Woche für Woche Müll abgeladen – ohne das jemals der Versuch unternommen wird, den Verursacher zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen. Ein beeindruckendes Mahnmal für behördliche Untätigkeit.

Die UWG: Freie Bürger hat längst alle Register gezogen: Anfragen gestellt, Pressemitteilungen verfasst, den städtischen Mängelmelder bemüht. Passiert ist nichts. Zur besseren Veranschaulichung der örtlichen Situation haben wir eine Collage mit den schönsten Bildern dieses städtischen Dauerdenkmals aus den letzten drei Jahren erstellt.

Und so ergibt sich eine seltsam absurde Tradition: Während die Verwaltung Bochums Bürger zum Müllsammeln schickt, kann sie sich direkt vor der eigenen Tür dem eigenen Versagen widmen. Fazit: Wer es nicht schafft, eine Müllkippe vor dem eigenen Rathaus nachhaltig zu beseitigen und sich mit den Verursachern ernsthaft auseinanderzusetzen, sollte sich mit moralischen Appellen lieber zurückhalten und vor allem nicht die Bevölkerung zur Sauberkeit ermahnen!

Das BVZ ist nicht abbruchreif!

UWG: Freie Bürger will das „Bildungs- und Verwaltungszentrum“ (BVZ) am Rathaus nicht aufgeben

Die UWG: Freie Bürger setzt sich klar für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Bildungs- und Verwaltungszentrums (BVZ) ein.

Nachdem sich die rot-grüne Ratskoalition im Dezember für einen Abriss im Rahmen der geplanten Umgestaltung des Appolonia-Pfaus-Parks ausgesprochen hat, fordert die UWG: Freie Bürger eine unabhängige Neubewertung. Dabei sollen wirtschaftliche, funktionale und ökologische Aspekte gleichwertig berücksichtigt werden. „Alle Optionen gehören auf den Tisch – auch die Sanierung des BVZ mit neuen Nutzungsperspektiven“, sagt Jens Lücking, Fraktionsvorsitzender und Oberbürgermeisterkandidat der UWG: Freie Bürger. In einem Antrag an den Rat habe die Fraktion deutlich gemacht, dass eine Sanierung dem Abriss vorzuziehen sei. Das Gebäude sei zentral gelegen, gut angebunden und ermögliche kurze Wege für die Bürgerinnen und Bürger – ein Standortvorteil, den man nicht leichtfertig aufgeben sollte. „Durch eine Sanierung könnten andere, teils veraltete Verwaltungsstandorte – etwa an der Universitätsstraße oder der Wittener Straße – aufgegeben werden. Das würde nicht nur die Verwaltung bündeln, sondern auch langfristig Kosten sparen“, so Lücking. Auch zur aktuell diskutierten Wohnnutzung auf dem Gelände macht die UWG einen Vorschlag: Verwaltung und Wohnen könnten sinnvoll kombiniert werden – etwa durch moderne Wohnungen in den oberen Etagen und bürgernahe Verwaltungsangebote im Erdgeschoss.

Aus ökologischer Sicht sei ein Abriss ebenfalls kritisch zu sehen. „Das BVZ ist zwar sanierungsbedürftig, aber nicht abrissreif“, stellt Lücking klar. „Der Erhalt vorhandener Bausubstanz spart CO_2 und Ressourcen – ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.“ Nicht zuletzt verweist die UWG: Freie Bürger auf den architektonischen Wert des Gebäudes. Es sei ein prägnantes Beispiel seiner Bauzeit mit eigenem Charakter – ein solcher Teil des Stadtbilds sollte nicht vorschnell verloren gehen. Die UWG: Freie Bürger fordert daher unabhängige Gutachten, die sämtliche Varianten objektiv vergleichen – sowohl in ökologischer als auch in finanzieller Hinsicht. „Nur auf dieser Grundlage kann eine fundierte Entscheidung im Sinne der Stadt und ihrer Bürger getroffen werden – auch mit Blick auf kommende Generationen“, so Lücking.

Verwaltung folgt Entsiegelungs-Vorschlag

Parkplatzfläche am Blumenfriedhof aufleben lassen

Jens Lücking, Fraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger und Oberbürgermeister-Kandidat, hatte sich im Rahmen einer Ortsbegehung den seit Jahren abgesperrten Parkplatzbereich an der Harpener Straße gegenüber dem Eingang zum Blumenfriedhof angesehen. Dabei stellte er Überlegungen an, wie die Stadtverwaltung die ungenutzte Fläche nachhaltig gestalten könnte.

„Angesichts der heutigen Herausforderungen, insbesondere des Klimawandels und des Artensterbens, wäre es sinnvoll, diesen Teil des Parkplatzes zu entsiegeln und renaturieren“, so Lücking. Die entsprechende Anfrage der UWG: Freie Bürger in der Bezirksvertretung Bochum Mitte brachte nun Antworten seitens des Technischen Betriebs. Demnach wurde die Fläche ursprünglich als zusätzliche Parkmöglichkeit bei starkem Besucheraufkommen – insbesondere während der Totengedenktage im November – genutzt. Da die Besucherzahlen jedoch rückläufig sind, ist eine Nutzung als Parkplatz nicht mehr erforderlich. Stattdessen prüft die Stadt eine alternative Nutzung und eine mögliche Entsiegelung der Fläche. Bevor konkrete Maßnahmen ergriffen werden, soll eine Bodenuntersuchung klären, ob die Fläche zur Versickerung von Niederschlagswasser geeignet ist. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden die weiteren Schritte bestimmen. Eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern oder lokalen Initiativen an der Planung und Gestaltung der Fläche ist laut Stadtverwaltung derzeit nicht vorgesehen. Die Pflege des Areals soll künftig durch ein bis zwei Pflegeschnitte pro Jahr als naturnahe Grünfläche sichergestellt werden.

„Es ist gut, dass die Verwaltung unserem Vorschlag folgt, es ist bedauerlich, dass die Stadt allerdings keine Bürgerbeteiligung in Betracht zieht“, so Jens Lücking. „Gerade bei der Umgestaltung öffentlicher Flächen wäre ein Mitspracherecht der Anwohner und Initiativen wünschenswert.“ Die UWG: Freie Bürger wird den weiteren Prozess aufmerksam begleiten und sich für eine nachhaltige und bürgerfreundliche Lösung einsetzen.

Neues Leben ins Stadtpark-Restaurant

Historisch bedeutsames Gebäude

Das Gebäude der ehemaligen Stadtpark-Gastronomie sollte wieder mit Leben gefüllt werden. Das meint auch die UWG: Freie Bürger, die einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht hat. Darin wird die Stadtverwaltung aufgefordert, in einem ersten Schritt Verhandlungen mit dem Erbbaurechtsnehmer aufzunehmen.

Der ehemalige Prachtbau an der Klinikstraße steht seit Jahren leer und wurde zuletzt Anfang Januar durch einen Brand stark in Mitleidenschaft gezogen „Das Gebäude ist historisch bedeutend für Bochum und hat nach wie vor sehr viel Potenzial", erklärt Jens Lücking, Fraktionsvorsitzender und Oberbürgermeister-Kandidat. „Wir können uns neben einer Gastronomie durchaus noch andere Nutzungsmöglichkeiten wie etwa die Schaffung von Büros vorstellen. Auf jeden Fall muss etwas passieren."

Die aktuelle Situation jedenfalls sei enttäuschend. Lücking: „Die Stadtverwaltung ist nun aufgefordert, mit dem Erbbaurechtsnehmer endlich eine Lösung zu finden. Die Stadtpark-Gastronomie, die Konzertmuschel und das Freigelände gehören untrennbar zum Bochumer Erbe. Erst dieses Ensemble macht den Stadtpark vollständig. Es ist bedauerlich, dass er nun nicht in seiner Gesamtheit saniert werden kann und zum Jubiläum des Stadtparks im Jahr 2027 ein Leerstand dieser Immobilie droht."

Es könne nicht sein, sagt Lücking, dass die Stadt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ignoriert, die sich eine Wiederbelebung der Stadtparkgastronomie wünschen. „Sie lässt ein historisches Gebäude verfallen, das ein wichtiger Teil des Stadtparks und der Bochumer Kultur ist. Die Verwaltung mauert bei Fragen zur Zukunft der Stadtparkgastronomie und verspielt damit das Vertrauen der Öffentlichkeit. Nach Jahren des Dornröschenschlafes muss dieser Treffpunkt endlich wieder wachgeküsst werden. Eigentlich müsste das auch im Interesse des Erbbaurechtsnehmers sein."

Knappenverein Glückauf Gerthe 1891 e.V.

Aufklärung zur Kündigung gefordert

Mit großer Verwunderung hat die UWG: Freie Bürger von der plötzlichen Kündigung des Überlassungsvertrages für die ehemalige Hausmeisterwohnung der Frauenlobschule Bochum-Hiltrop erfahren. Dort betreibt der Knappenverein BKV Glückauf Gerthe 1891 e.V. seit über 15 Jahren eine bedeutende bergbaugeschichtliche Ausstellung, die ein wertvolles Zeugnis der kulturellen Identität des Bochumer Nordens darstellt.

„Es ist unverständlich, wie die Stadt Bochum einer so traditionsreichen Institution ohne Vorwarnung die Grundlage ihrer Arbeit entziehen kann, ohne eine adäquate Alternative bereitzustellen", kritisiert Peter Mainka, Bezirksvertreter der UWG: Freie Bürger im Bochumer Norden.

Foto / Logo: Copyright BKV Glückauf Gerthe

Trotz der Zusage, den Verein bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten zu unterstützen, ist nach mehreren Wochen kein Fortschritt erkennbar.

Die UWG: Freie Bürger fordert deshalb von der Stadt Antworten auf zentrale Fragen:

Warum wurde der Überlassungsvertrag gekündigt, und welche Nutzung ist für die Räumlichkeiten geplant? Welche Schritte wurden unternommen, um eine geeignete Unterbringung für die Sammlung zu finden, und warum gibt es bisher keine Lösung? Wie wird sichergestellt, dass dieses kulturelle Erbe für die Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt? Und welche kurzfristigen Möglichkeiten bestehen, dem Verein geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen?

„Wir erwarten, dass die Stadt ihrer Verantwortung gerecht wird und zeitnah eine Lösung präsentiert", so Mainka abschließend.

“Wildes Parken“ von Großraumfahrzeugen in Altenbochum nimmt zu

“Anstatt Parkplätze in Wohnvierteln zu reduzieren, sollte die Verwaltung lieber mal den wilden Großraumparkern auf den Leib rücken“, konstatiert Ulli Engelbrecht.

Im Bereich der Immanuel-Kant-Straße (zwischen Friedhofseingang und Schulenburgstraße), Feldmark (Brücke Sheffieldring bis Fritz-Bauer-Forum) sowie entlang der Havkenscheider Straße (Hausnummer 42 bis Abzweig Feldmark) habe das Abstellen von Großraumfahrzeugen wie LKW, Anhängern und Bussen stark zugenommen, sagt Engelbrecht, sachkundiger Bürger der UWG: Freie Bürger im Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur. „Und das sorgt für Probleme und Unmut bei der Bürgern.“

Die Parkmöglichkeiten in diesen Bereichen seien für derartige Fahrzeugdimensionen nicht ausgelegt, sodass Großfahrzeuge oft teilweise auf die Straße ragen. „Die so verengten Fahrbahnen erschweren die Sicht und erhöhen das Risiko für Unfälle, besonders im Begegnungsverkehr mit Pkw.“ Eine besondere Belastung, zählt Engelbrecht weiter auf, erfahren zudem die Parkflächen für Friedhofsbesucher an der Feldmark. Sie weisen zunehmend Beschädigungen auf. Spuren schwerer Fahrzeuge, die durch Wendemanöver und unachtsames Abstellen entstehen, setzen den Rasenflächen nachhaltig zu. „Ein weiteres Ärgernis ist die Vermüllung der Grünflächen und Grünanlagen. Das ist vor allem deutlich an der Havkenscheider Straße zu sehen.“

Angesichts dieser Missstände hat die UWG: Freie Bürger nun einen Fragenkatalog an die Verwaltung eingereicht. Darin fordert die Fraktion unter anderem eine Prüfung alternativer Parkflächen für Großfahrzeuge sowie die Einführung spezifischer Parkregelungen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die bestehenden Parkflächen zu entlasten. Außerdem regt Engelbrecht verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt an, um das ordnungsgemäße Abstellen sicherzustellen und unerlaubtes Parken einzudämmen.

Zusätzlich fordert die Fraktion eine intensivere Reinigung sowie die Aufstellung von Mülleimer entlang der Havkenscheider Straße, um die zunehmende Verschmutzung einzudämmen. „Die jetzige Situation ist nicht tragbar und bedarf einer zeitnahen Lösung“, betont Engelbrecht abschließend.

Vernachlässigtes Problem mit Folgen

Immer mehr Baumwurzeln sprengen Bochums Gehwege

Bochum steht – im wahrsten Sinne des Wortes – vor einem wachsenden Problem: Baumwurzeln, die Gehwege aufdrücken und für gefährliche Stolperfallen sorgen. Betroffen sind zahlreiche Straßen im Stadtgebiet wie beispielsweise die Wittener Straße, Immanuel-Kant-Straße, Körnerstraße, Freigrafendamm, Uhlandstraße, der Gustav-Heinemann-Platz vor dem Bildungs- und Verwaltungszentrum (BVZ) sowie das Stadtparkviertel oder in Langendreer Am Vorort. Seit Jahrzehnten ist dieses Problem bekannt, doch effektive Gegenmaßnahmen blieben bislang aus.

Die aufgewölbten Gehwegplatten sind nicht nur ein ästhetisches Ärgernis, sondern sind vor allem Stolperfallen und stellen eine ernsthafte Gefahr für Fußgänger dar – insbesondere für ältere Menschen, Rollator- und Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen.

Gleichzeitig leidet aber auch das Stadtbild: Unebene Wege und notdürftig reparierte Flächen hinterlassen einen ungepflegten Eindruck.

„Die Stadtverwaltung scheint das Problem nicht mit der nötigen Priorität zu behandeln. Weder werden an besonders betroffenen Stellen flexible Gehwegmaterialien eingesetzt noch ausreichend Wurzelsperren installiert“, sagt Ulli Engelbrecht von der UWG: Freie Bürger und hat als sachkundiger Bürger eine entsprechende Anfrage in den Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur eingebracht. So möchte seine Fraktion unter anderem wissen, in welchen Straßen in den letzten fünf Jahren das beschriebene Problem behandelt wurde und mit welchem Ergebnis. „Interessant ist es auch zu erfahren, ob über den Mängelmelder entsprechende Hinweise von Bürgern gemeldet und von der Verwaltung berücksichtigt wurden.“

Ulli Engelbrecht: „Die Stadt Bochum muss handeln, bevor das Problem weiter eskaliert. Eine Lösung, die sowohl die Sicherheit der Bürger als auch den Erhalt der Stadtbäume berücksichtigt, ist also dringend erforderlich. Dazu gehören strukturierte Pflanzbereiche, durchlässige Bodenbeläge und eine bessere Abstimmung zwischen Stadtplanung und Grünflächenmanagement.“

Schwanenmarkt-Park: Verwaltung blockiert Sanierungsbedarf

Die Ignoranz der Stadtverwaltung gegenüber dem verwilderten Grundstück am Schwanenmarkt sorgt für Unmut bei der UWG: Freie Bürger. Fraktionsvorsitzender und Oberbürgermeister-Kandidat Jens Lücking wirft der Verwaltung vor, das Potential des Grundstücks als PocketPark bewusst zu ignorieren und damit den Bürgern eine wertvolle Erholungsoase vorzuenthalten.

Die Verwaltung hatte auf eine Anfrage der Wähler-Gemeinschaft erklärt, dass das Areal aufgrund der „negativen Lärmimmissionen" nicht für einen PocketPark geeignet sei. „Diese Argumentation ist nicht nur unzureichend, sondern widerspricht der Realität", kritisiert Lücking. „Das Gelände, das durch seine dichte Begrünung besticht, hatte sich über Jahrzehnte hinweg als Ort der Erholung und Begegnung bewährt." Lücking verweist auf die einst vorhandenen Bänke, die zur Aufenthaltsqualität beigetragen hätten und bedauert deren Verschwinden. „Der derzeitige Zustand des PocketParks ist in der Tat unbefriedigend. Die Natur hat sich vieles zurückerobert und die ursprünglichen Elemente sind weitgehend abgebaut oder nicht mehr gepflegt worden", so Lücking weiter.

Die Vorschläge der UWG: Freie Bürger umfassen gezielte Rückschnitte, Neubepflanzungen und regelmäßige Pflege des Areals. „Mit diesen Maßnahmen könnte der kleine Park nicht nur optisch aufgewertet, sondern auch funktional verbessert werden", argumentiert Lücking. „Gerade im Hinblick auf klimatechnische Aspekte könnte er als zentrale Innenstadtoase dienen und die Aufenthaltsqualität erheblich steigern." Die Lage des Grundstücks bietet zudem eine hervorragende Anbindung an wichtige städtische Punkte wie das Planetarium, das Stadion und die Innenstadt. „Wir sehen hier eine klare Chance, den Standort nicht nur zu beleben, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger wieder attraktiv zu machen", betont Lücking. Die Stadtverwaltung stehe nun in der Pflicht, ihre Haltung zu überdenken und die berechtigten Anliegen der Bürger ernst zu nehmen. Ein durchdachtes Sanierungskonzept könne nicht nur die Lebensqualität in der Stadt erhöhen, sondern auch einen wichtigen Beitrag zum urbanen Grün leisten. Aus diesem Grund hat die Fraktion eine entsprechende Anfrage in die Bezirksvertretung Bochum-Mitte eingebracht.

Verbindungweg zwischen Hönnebecke und Mandelweg erhält Beleuchtung

Die Bezirksfraktion der UWG: Freie Bürger in Wattenscheid setzt sich konsequent für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum ein. In der Bezirksvertretung wurde nun ein entsprechender Antrag der Fraktion einstimmig angenommen: Der Verbindungsweg zwischen der Straße „In der Hönnebecke“ und dem Wohngebiet am Mandelweg soll künftig mit einer angemessenen Beleuchtung ausgestattet werden – besonders im Bereich der Bahnunterführung. „Der Weg wird täglich von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt, insbesondere von Anwohnern auf dem Weg zur Horneburg“, erklärt Josef Winkler, Vorsitzender der UWG-Fraktion. „Die unzureichende Beleuchtung stellte ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Dass sich hier jetzt etwas tut, begrüßen wir ausdrücklich.“ Die UWG: Freie Bürger will auch künftig weitere dunkle Wege im Stadtteil identifizieren und Verbesserungen anstoßen. „Gute Beleuchtung sorgt nicht nur für mehr objektive Sicherheit“, betont Winkler, „sie trägt vor allem dazu bei, dass sich die Menschen sicherer fühlen – und das ist für uns der entscheidende Punkt.“

Fritz Bauer Forum schafft Bewusstsein für Demokratie und Menschenrechte

Claudia Bolesta, Peter Mainka, Peter Bonzcek und Manfred Seidel besuchten das Fritz Bauer Forum in der Feldmark in Altenbochum und unterhielten sich mit Dr. Irmtrud Wojak, Gründerin der Buxus-Stiftung. „Wir möchten ein Bewusstsein für Menschlichkeit und Demokratie schaffen“, betonte Dr. Wojak. Das Forum bietet Raum für Diskussionen und regt zu gesellschaftlicher Verantwortung an. Die Delegation der UWG: Freie Bürger zeigte sich beeindruckt von der Arbeit. Claudia Bolesta hob die Bedeutung für Gerechtigkeit und Menschenrechte hervor. „Solche Initiativen bereichern das gesellschaftliche Miteinander“, sagte sie. Das Fritz Bauer Forum wurde 2019 von Dr. Wojak gegründet. Es erinnert an das Wirken des Juristen und Widerstandskämpfers Fritz Bauer. Bauer überlebte das KZ und kehrte 1949 aus dem Exil zurück nach Deutschland. Das Forum vermittelt sein Engagement als aktuelle gesellschaftliche Aufgabe. Es ist das erste seiner Art in Deutschland. Ziel ist es, Geschichte mit der Gegenwart zu verbinden. Der Name Fritz Bauer steht für Aufklärung und Rechtsstaatlichkeit.

Petition zum Erhalt der Platanen in der Graf-Adolf-Straße in Wattenscheid

Die UWG: Freie Bürger setzt sich für den Erhalt der historischen Platanen in der Graf-Adolf-Straße in Wattenscheid ein und hat hierzu eine Petition gestartet. Hintergrund ist die geplante Neugestaltung der Straße durch die Stadt Bochum, die eine Verengung der Fahrbahn sowie eine Verbreiterung der Gehwege vorsieht. Diese Maßnahmen würden zur Fällung der über 120 Jahre alten Bäume führen. „Die Platanen sind nicht nur ein prägendes Element des Stadtbildes, sondern haben auch eine hohe ökologische Bedeutung für das Stadtklima und die Lebensqualität“, erklärt Hans-Josef Winkler, Vorsitzender der UWG: Freie Bürger. Gemeinsam mit Tim Pohlmann, ebenfalls Vorsitzender der Wählergemeinschaft, engagiert er sich für den Erhalt der Bäume. Obwohl aus Teilen der Bezirksvertretung Kompromissvorschläge eingebracht wurden, lehnen die Stadtverwaltung sowie die rot-grüne Koalition diese bislang ab. Winkler: „Wir fordern eine Bürgerversammlung, in der gemeinsam mit Anwohnern und Interessierten alternative Lösungen erarbeitet werden sollen.“

Goethe-Schule: Nachhaltige Sanierung schafft moderne Lernlandschaft

Seit November 2022 wird die Goethe-Schule umfassend modernisiert. Im ersten Bauabschnitt wurde der ehemalige Stelzentrakt, einst Heimat der naturwissenschaftlichen Fachräume, nachhaltig umgebaut und bildet künftig als modernes Jahrgangshaus das neue Zuhause für die Klassen 5 bis 8. Im Rahmen eines Vor-Ort-Termins überzeugten sich Mitglieder der UWG: Freie Bürger vom Baufortschritt. Mit dabei war der Fraktionsvorsitzende und Oberbürgermeisterkandidat Jens Lücking, sein Stellvertreter und schulpolitischer Sprecher Tim Pohlmann, Claudia Bolesta (Mitglied im Kulturausschuss), Peter Mainka (Bezirksvertreter für den Bochumer Norden) sowie Peter Bonczek (stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Planung und Grundstücke). „Bemerkenswert ist, dass der Altbau nicht abgerissen werden musste. Die Tragestruktur konnte erhalten bleiben – das ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich vernünftig“, betonte Jens Lücking. „Hier wurde verantwortungsvoll und zukunftsorientiert geplant – ein Vorbild für nachhaltige Schulentwicklung.“

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT
UWG: Freie Bürger

Immer für Sie ansprechbar – die Mitarbeiter der Ratsfraktion: **Holger Happe, Andreas Friedewald** und **Ulli Engelbrecht** (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Kontakt, Termine und tagesaktuelle Meldungen

- **uwg-freie-buerger.de**
- **Telefon: 0234 910-1983**
- **info@uwg-freie-buerger.de**
- **facebook.com/uwgfreiebuerger**
- **instagram.com/uwgfreiebuerger_bo**
- **twitter.com/uwgfreiebuerger**

Persönlicher Kontakt und politische Infos

- **Schaukästen im Stadtgebiet**
- **Marktsprechstunden**
- **Infostände und Begehungen**
- **Bürgersprechstunden** (persönlich und telefonisch) **in unseren Büroräumen**
- **„Banksprechstunde" an von uns gestifteten Bänken**